

Tarifpartner schaffen Berufshilfe-Stiftung

Unterstützung für Kinder tödlich verunglückter Bauarbeiter

Kapital 15 Millionen DM

Frankfurt (ap/upi/dpa). Ein neuer Markstein in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften wurde in Frankfurt gesetzt. In einem Festakt in der Paulskirche wurde durch gemeinsame Bestimmungen der Tarifpartner im Baugewerbe eine Berufshilfe-Stiftung für die Kinder tödlich verunglückter Bauarbeiter errichtet. Die gemeinsame Einrichtung der Tarifpartner verfügt über ein Stiftungskapital von 15 Mill. DM. Die Bedeutung, die Gewerkschaften und Unternehmer dieser Stiftung beimessen, wurde durch die Teilnahme des Bundespräsidenten an der Feier, an der zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teilnahmen, in besonderer Weise unterstrichen.

Lübke betonte, er habe das Gefühl, daß mit dieser Stiftung „etwas Neues“ geschehe. Die Tarifpartner sollten zum Wohle ihrer Mitarbeiter zusammenarbeiten. Lübke warnte vor Gefahren des Wohlstandes. Er sei Anlaß zur Besorgnis gewesen, weil der Wohlstand manchmal den Blick für die Wirklichkeit getrübt habe. Der Bundespräsident erinnerte in diesem Zusammenhang an die Flutkatastrophe in Norddeutschland und das große Grubenunglück im Saarland im vergangenen Jahr — Gewerkschaften und Unternehmer müßten heute gemeinsame Wege gehen, sagte Lübke.

Der Vorsitzende der IG Bau, Leber, betonte, daß die Stiftung nur durch das veränderte Verhältnis der Tarifpartner ermöglicht worden sei. Die Gewerkschaft wisse, daß Fragen von heute nicht mehr mit Antworten von gestern gelöst werden könnten. Wenn die Gewerkschaften im Zeitalter der Teilung Deutschlands in veraltetem Klassenkampfgedanken verharren, müßten sie erkennen, daß das keine Alternative gegenüber dem Kommunismus sei.

Der Vizepräsident des Bundestages, Schmid, betonte in seinem Festvortrag, daß die Gewerkschaften heute ein unentbehrlicher Faktor jeder demokratischen Ordnung „und nicht nur Pressionsorgane“ seien. Ein

Staat, der den Gewerkschaften Raum lasse, werde immer mehr zu einem Volksstaat werden, in

Ausweise länger gültig

Rechte der Bundesbeamten in Ost-Berlin sollen gewahrt werden

Berlin (ap/dpa). Der Innenausschuß des Bundestages hat einstimmig beschlossen, die Gültigkeit der Bundespersonalausweise bis zum 31. Dezember 1964 zu verlängern. Außerdem will sich der Ausschuß, der gestern in Berlin tagte, auch für eine Verlängerung der Gültigkeit der Bundespässe für die gleiche Dauer einsetzen. Wie der Ausschußvorsitzende Schmitt-Vockenhausen vor der Presse mitteilte, ist die Bundesdruckerei nicht imstande, die erforderlichen Antragsvordrucke für die Neuausstellung der Personalausweise rechtzeitig bereitzustellen.

Der Innenausschuß stimmte in seiner Berliner Sitzung ferner einem SPD-Antrag zu, die Rechte ehemaliger Bundesbeamter, die jetzt in Ost-Berlin leben, in Form eines Gesetzes zu wahren. Die gesetzlichen Bestimmungen sollen dem bereits bestehenden Berliner Gesetz angeglichen werden. Nach Mitteilung von Schmitt-Vockenhausen werden davon etwa 300 in Ost-Berlin lebende ehemalige Bundesbeamte betroffen. Die

dem die Demokratie nicht nur eine bloße Fiktion, sondern eine Form der Humanität sein werde. Demokratie sei jene Regierung, von der Abraham Lincoln vor hundert Jahren gesprochen habe und die nötig sei, damit auf Erden nicht die Freiheit vergehe. Werde die freiheitliche Grundordnung gefährdet, dann hätten die Gewerkschaften die Pflicht zum Widerstand gegen das als Recht verkleidete Unrecht.

Bestimmungen über die Wahrung ihrer Rechte sollen in die Harmonisierungsnovelle zum Beamtenrecht aufgenommen werden.

Der Innenausschuß beschäftigte sich außerdem mit der Lage der Westberliner Eisenbahner, die aus dem Dienst der „Reichsbahn“ ausscheiden mußten und beschloß, hinsichtlich ihrer rechtlichen Situation noch einmal bei der Bundesregierung vorstellig zu werden.

Appell zum 17. Juni

Köln (dpa/ap). Zum „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni soll auf alle Betriebsausflüge und geselligen Zusammenkünfte von den Unternehmern verzichtet werden. Mit diesem Appell hat sich die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände schon jetzt an ihre Mitgliedsorganisationen gewandt. Der 17. Juni möge überall mit dem Ernst und der Würde begangen werden, die unser Bekenntnis zur Einheit des Vaterlandes erfordert, heißt es in dem Aufruf.

Neue Wege

K. H. L. Der Bundespräsident traf den Kern der Sache, als er gestern feststellte: „Ich habe das Gefühl, hier geschieht etwas Neues.“ Tatsächlich wirkt die Errichtung einer Berufshilfe-Stiftung für die Kinder tödlich verunglückter Bauarbeiter, die gestern in Frankfurt ins Leben gerufen wurde, wie ein Markstein in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Gemeinsame Bemühungen der Tarifpartner des Baugewerbes standen Pate bei dieser Stiftung, und sie ist in dieser Form ein weiteres Symptom der praktizierten Erkenntnis, daß die Kräfte der Wirtschaft — die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer — in einem Boot sitzen und mit dieser neuen Tat ihren „gemeinschaftsbildenden Willen“ dokumentierten. Gerade in der Zeit der deutschen Spaltung kann nicht mehr in Klassenkampf-kategorien gedacht werden. Sie sind keine Alternative zum Kommunismus und ebnen nur der Unfreiheit den Weg.

Es kommt nicht von ungefähr, daß gerade die IG Bau mit ihrem Tarifpartner diesen neuen Weg beschritten hat. Man mag volkswirtschaftlich zu den von ihr eingeleiteten Praktiken einer sich am Preisgefüge automatisch orientierenden Lohnentwicklung stehen, wie man will. Man kommt nicht daran vorbei — und der Chef der Gewerkschaft, Leber, bestätigte dies in sehr offenen Worten —, daß mit der gestrigen Feierstunde in der historischen Frankfurter Paulskirche eine nicht zu unterschätzende Fortsetzung von neuen gewerkschaftlichen Ideen geschrieben wurde.

Gewiß, wer eingefahrene Gleise verläßt, stellt sich auch der öffentlichen Kritik. Und manche

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo Sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Kurt Hoffmann, Berlin-Tempelhof, Siegestweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Bemühungen der IG Bau um neuartige Lösungen auf breiter Basis finden nicht überall freudige Zustimmung. Aber um so mehr sollte gerade die nur allseits zu begrüßende Stiftung den Eckpfeiler dafür bilden, daß neue Aufgaben für die Gemeinschaft auch nur durch gemeinschaftliche Arbeit beider Seiten von Erfolg gekrönt sein können.

Sowohl Leber als auch Bundestagsvizepräsident Schmid wiesen auf den Ordnungsfaktor der Arbeitnehmerorganisationen im Verfassungsgefüge hin. Bisher nicht oft in dieser Deutlichkeit wurde gestern jedem bewußt gemacht, daß Streit und Widerstreit als „autonome Programmpunkte“ nur um ihrer selbst willen — so sagte es Leber — aus dem Konzept gestrichen werden müßten. Schließlich hat sich eine Welt geändert, seit die Arbeiter — die sich ihrer stolzen Gewerk-

schaftstradition durchaus bewußt bleiben müssen — zu erstmalig als geschlossene Gruppe ihre Thesen verkündeten.

Die erfreulichste und würdevollste Weiterführung all dieser Gedanken, die gestern beispielhaft Gestalt gewonnen haben, wäre darin zu sehen, daß sie jetzt auch in anderen Berufsgruppen Schule machen. Erst recht, wenn wir überdenken, daß mit diesem bisher noch einzig dastehenden Frankfurter Taufakt auch der Berufsausbildung im allgemeinen ein Dienst erwiesen wurde. Er kann ebenfalls im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft als wertvolle Vorleistung angesehen werden. Der gleichklingende, ausdrückliche Wunsch des Bundespräsidenten in dieser Sache sollte unserer Hoffnung um so mehr Auftrieb geben.

Kennedy will nach Berlin kommen

Besuch Ende Juni geplant

Empfehlung des amerikanischen Außenministeriums

Washington (dpa/ap). Präsident Kennedy erwägt einen Besuch in Berlin. Die Entscheidung darüber wird in Kürze fallen. Nach den jetzt vorliegenden Plänen wird der Präsident vom 13. bis 27. Juni Rom und Bonn besuchen. Das Außenministerium hat gestern empfohlen, der Präsident solle im Anschluß an seinen Besuch in Bonn auch der deutschen

Hauptstadt einen Besuch machen.

Amerikanische Regierungskreise konnten jedoch gestern noch nicht bestätigen, daß es tatsächlich zu diesem Besuch kommen wird. Den Ausschlag würden zeitliche Gründe geben. Präsident Kennedy liegt eine Einladung des Regierenden Bürgermeisters bereits seit längerer Zeit vor.

Barzel verurteilt Anschläge

Berlin (Eigenmeldung). Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Barzel, verurteilte erneut die Sprengstoffanschläge in Berlin. „Das ist nicht der Weg, der uns weiterhilft“, erklärte er. Sein Ministerium habe zu keiner Zeit und in keiner Weise Tunnelprojekte finanziert. Weder das Ministerium noch ihm verantwortliche Stellen hätten Flugblätter herausgegeben, die zu einem gewaltsamen Vorgehen gegen die Mauer aufforderten. Alle diese Behauptungen entbehren jeder Grundlage.

Barzel erklärte weiter, daß

sein Ministerium stets auf das Recht aller Deutschen hingewiesen habe, sich im ganzen Lande frei bewegen zu können. Die Machthaber der Zone hätten dieses Grundrecht durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl unterbunden.

Der Protest gegen diese unmenschlichen Maßnahmen sei nicht nur eine Pflicht, sondern auch der legitime Vollzug der in der Charta der UNO verbrieften Menschenrechte.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richthofen-Straße 2

USA-Hilfe für Mittelamerika

Kommunistische Infiltration Castros soll eingedämmt werden

San José (Costa Rica (upi). Die Vereinigten Staaten haben den Republikan Zentralamerikas ihre Hilfe zugesagt, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern und damit die Widerstandskraft gegen eine kommunistische Infiltration von Kuba aus zu stärken. Diese Zusage wurde in einer „Zentral-amerikanischen Deklaration“ gegeben, die zum Abschluß der Konferenz Präsident Kennedy mit den Staatsoberhäuptern von

Gleichzeitig beschlossen die Präsidenten, für Anfang April eine Konferenz der Innenminister der zentralamerikanischen Staaten einzuberufen, auf der gemeinsame Sofortmaßnahmen zur Unterbindung des Stromes

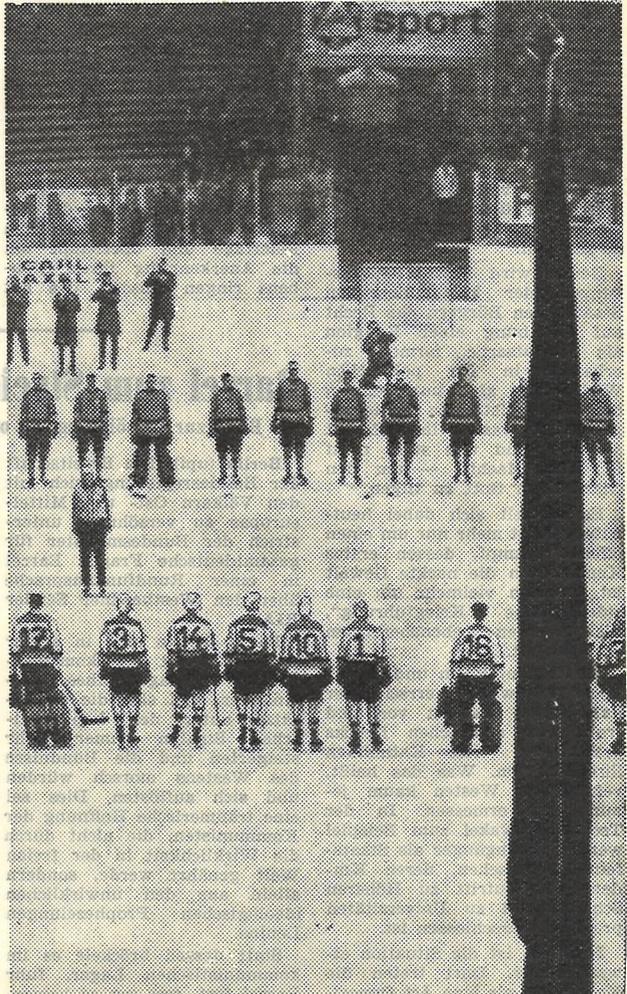
von kommunistischen Agenten, Waffen- und Propagandamaterial zwischen Kuba und Mittelamerika in Kraft gesetzt werden sollen, weil der Erfolg des Wirtschafts- und Sozialprogrammes nach Ansicht der in der costaricanischen Hauptstadt versammelten Staatschefs von der Eindämmung der von Kuba ausgehenden kommunistischen Wühlarbeit abhängt.

Kein Rückzug aus Europa

Paris (upi). Der amerikanische UNO-Botschafter Stevenson hat gestern in Paris mit NATO-Generalsekretär Stikker Präsident Kennedys Plan für eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO besprochen. Zuvor hatte Stevenson — wie verlautet — vor der Militärakademie der NATO erklärt, Washington sehe die Verteidigung Europas als Verteidigung Amerikas selbst an und habe aus zwei Weltkriegen die Erfahrung gewonnen, daß die erste Verteidigungslinie der USA Europa darstelle. Zweifel an der Entschlossenheit der USA, ihren Verpflichtungen gegenüber den europäischen Verbündeten nachzukommen, seien unbegründet.

Costa Rica, Honduras, El Salvador, Nikaragua, Guatemala und Panama in San José in Costa Rica unterzeichnet wurde. Der von einigen zentralamerikanischen Ländern geforderten direkten Aktion gegen Kuba hat sich Präsident Kennedy jedoch widersetzt.

In der acht Seiten langen Deklaration wird das Hauptgewicht eindeutig auf die Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung gelegt, für die die USA eine verstärkte Unterstützung innerhalb des für ganz Lateinamerika ausgearbeiteten Hilfsprogramms der „Allianz für den Fortschritt“ zusagen.



So drehte die Zonen-Eishockeymannschaft (auf unserem Bild im Vordergrund) der Flagge der Bundesrepublik den Rücken zu, was ein Zonen-Funktionär „nicht voll zugewandt“ nannte.

Im Ostblock hält die religiöse Verfolgung an

„Ideologische Kriegführung“ gegen Christen
Der Kirchenkampf in der Sowjetunion

Wien, im Januar

Die kommunistische These von der Religionsfreiheit in den Ostblockstaaten ist mit dem Auftritt der 82 sibirischen Bauern in der amerikanischen Botschaft in Moskau erneut erschüttert worden. Das sowjetische staatliche Komitee für religiösen Kult hat zwar am Freitag erklärt, nach seinen Untersuchungen habe es sich dabei nicht um einen religiösen Fall gehandelt, aber so einfach sind die von den sibirischen Protestanten in der Moskauer US-Botschaft vorgetragenen Beschwerden über ihre religiöse Verfolgung nicht aus der Welt zu schaffen.

Gewiß wird in den Verfassungen der kommunistischen Staaten den Bürgern das Recht auf Ausübung einer Religion als Privatsache formell zuerkannt, in der politischen Wirklichkeit aber unternehmen die kommunistischen Regierungen alles, was in ihrer Macht steht — und was steht nicht in ihrer Macht? — um den Glauben an Gott zu tilgen.

Es handelt sich dabei heutzutage nicht mehr nur um einen offenen Kampf, dessen erstes Kennzeichen die nackte Gewalt ist, sondern vielmehr um eine „ideologische Kriegführung“, die in allen Lebensbereichen wirksam ist.

In Ungarn, Polen und in der Tschechoslowakei herrscht der katholische Glauben vor und trotz des staatlichen Drucks praktizieren viele Katholiken ihre Religion. Was das heißt, vermag im Westen kaum jemand zu ermessen. In der Tschechoslowakei zum Beispiel werden Kirchgänger als Staatsfeinde angesehen, deren Kindern der Zutritt zu Höheren Schulen und zu Universitäten praktisch verschlossen ist.

In Polen ist die Situation etwas besser. Dort treten die Katholiken als eine Art Oppositionspartei auf, die im Streit zwischen Kirche und Partei Gewicht und Stimme hat. In Ungarn haben es die Katholiken

schwerer. Man sieht in Budapest keine und auf dem Lande nur selten noch Nonnen.

In dem neuen Parteistatut für Länder versucht der Staat, christliche Feiertage auszumerzen und an ihre Stelle „sozialistische Feiertage“ zu setzen. Statt der christlichen Taufe propagiert der kommunistische Staat die „sozialistische Namensgebung“, statt der Konfirmation die „Jugendweihe“. Versuche, das Weihnachtsfest durch „Väterchen Frost“ zu ersetzen, sind fehlgeschlagen.

Wie die deutschen Protestanten und Katholiken in der Sowjetzone um die christlichen Feiertage und überhaupt um die Anerkennung ihres Glaubens ringen müssen, das hat

DER TAG immer wieder geschildert.

In dem neuen Parteistatut für die Kommunisten der Tschechoslowakei ist der ideologische Kampf gegen die Religion sogar ausdrücklich zur Bedingung der Parteimitgliedschaft gemacht. Es heißt in dem Statut, daß „jedes Parteimitglied gegen religiöse Vorurteile kämpfen muß“. Parteichef Antonin Novotny forderte zur „Umerziehung“ aller Parteimitglieder auf, die sich selbst nicht restlos „von religiösen Überbleibseln“ befreit haben.

In der Sowjetunion scheint man die Religion hauptsächlich dadurch untergraben zu wollen, daß man immer mehr Kirchen schließt. Nach zuverlässigen Berichten, die vom Münchener Institut zum Studium der Sowjetunion veröffentlicht wurden, sind allein in den letzten beiden Jahren in Rußland 2000 Kirchen geschlossen worden. Gegenwärtig gibt es in der ganzen UdSSR nur noch 10 000 Kirchen.

Barzel zum Streit Moskau—Peking

Bonn zur Versöhnung mit osteuropäischen Völkern bereit

Berlin (upi). Die Bereitschaft der Bundesregierung, sich mit den Völkern Ost- und Mitteleuropas zu versöhnen, unterstrich der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Barzel in einer Rundfunksprache über den Westberliner Sender RIAS.

Barzel setzte sich in seiner Ansprache mit der kommunistischen Propagandathese auseinander, daß sich die Gegensätze unter den kapitalistischen Staaten immer mehr steigerten und die Bündnisse des Westens morsch würden und sich auflösen. Dies sei eine träumerische Hoffnung der Kommunisten, die nicht durch die Wirklichkeit in der freien Welt genährt werde, sondern allein aus den unwirklichen ideologischen Prophezeiungen Lenins.

Statt dessen brücke es im kommunistischen Lager, fuhr Barzel fort, was um so bemerkenswerter sei, als die marxistischen Klassiker kein Wort über die Möglichkeit wachsender Gegensätze zwischen kom-

munistisch regierten Staaten gefunden hätten. Barzel verwies in diesem Zusammenhang auf den wachsenden ideologischen Gegensatz zwischen Moskau und Peking.

Kein Kompromiß Vatikan—Kremi

Rom (kna). Es gebe keinen Kompromiß zwischen Katholizismus und Marxismus, erklärte Kardinal Ottaviani in einem Vortrag vor italienischen Militärs in Rom. Ottaviani erinnerte an die Verurteilung des Kommunismus durch das Offizium im Jahre 1949, eine Verurteilung, die in erster Linie als Verteidigung gegenüber den Angriffen auf jeden moralischen und geistigen Wert betrachtet werden müsse. Das Offizium ist die oberste vatikanische Behörde zur Entscheidung von Glaubens- und Sittenfragen.

Die Flüchtlingsströme sind versiegt . . .

Uelzen — das älteste Durchgangslager in der Bundesrepublik wird geschlossen

Uelzen, im März
Das größte und älteste
Flüchtlingsdurchgangslager in
der Bundesrepublik, das Lager
Uelzen-Bohldamm, hört auf,
Umschlagplatz für Menschen-
schicksale und Sammelplatz der
tragischen Völkerwanderung der
Nachkriegsgeschichte zu sein.
Am 31. März wird der letzte
Flüchtling das Lager verlassen.

Für das Notaufnahmeverfahren
im Bundesgebiet ist dann
nur noch das hessische Lager
Gießen zuständig. In das Lager
Uelzen ziehen Ende April oder
Anfang Mai unter der Regie
des niedersächsischen Innen-
ministers Dienststellen des zivilen
Bevölkerungsschutzes ein.

Über siebzehneinhalb Jahre
lag war das Lager die große
Drehscheibe des Flüchtlings-
stroms von Ost nach West. Der
Lebensweg von über vier Mil-
lionen Menschen, deren Namen
nach mündlichem oder schrift-
lichem Aufnahmeverfahren im
Lager registriert sind, verbindet
sich mit dem Begriff Uelzen-
Bohldamm. Weit über zwei
Millionen Menschen haben einige
Tage in den Massenunterkünften
des Lagers zugebracht.

Für „Aktion Schwalbe“

Als britische Offiziere am
1. September 1945 den Befehl
gaben, auf einem fünf Hektar
großen Sportplatz unmittelbar
an der Nord-Süd-Eisenbahn-
strecke innerhalb kürzester
Zeit für die „Aktion Schwalbe“
ein „Camp“ aus dem Boden zu
stampfen, ahnte niemand, welche
traurige Berühmtheit und welche
Langlebigkeit dieses
Lager erlangen würde.

In acht windschiefen Holz-
baracken, 142 Finnenzelten und
150 britischen Rundzelte mit
einem Fassungsvermögen von
rund 8000 Menschen ergoß sich
von 1945 bis 1947 der Elends-
strom von rund 1,3 Millionen
Heimatvertriebenen aus den
Gebieten jenseits von Oder und
Neiße. Kilometerweit stauten

sich die von polnischer Miliz
bewachten Güterzüge auf den
Gleisen vor dem Lager und
brachten eine armselige, hun-
gernde „Fracht“.

In die acht windschiefen Holz-
baracken, 142 Finnenzelte und
triebene im Lager Uelzen regi-
striert, gepflegt, ärztlich unter-
sucht und in alle Winkel der
drei Westzonen geschickt. Im
Winter 1945/46 war die „Wärme-
halle“, eine scheunenähnliche
Baracke mit fingerbreiten Ritzen
zwischen den Brettern, der
einzige Komfort des Lagers.
Jeweils 400 über 65 Jahre alte
Männer und Frauen oder unter
sieben Jahre alte Kinder durften
sich dort stundenweise auf-
wärmen. 1948 kamen rund
25 000 internierte Flüchtlinge
aus Dänemark und viele zuvor
in Afrika internierte ehemalige
Angehörige des Deutschen
Afrika-Korps.

Tor zur Freiheit

Schon früh setzte die Massen-
flucht aus der Sowjetzone ein.
1947 kamen 96 084, ein Jahr
später sogar 103 568 Männer,
Frauen und Kinder über das
Lager Uelzen in die Westzonen.
Bis zum Bau der Mauer in
Berlin und der verschärften
Sperrmaßnahmen an der Zonen-
grenze im August 1961 war das
Lager für über 760 000 Menschen
ein Tor zur Freiheit.

Viele Male drohte das Lager
„überzufüllen“. Verzweiflungs-
aktionen nicht anerkannter
Flüchtlinge machten in der
Presse Schlagzeilen wie „Pro-
testmarsch nach Bonn“ oder
„Abgewiesene bauen sich Erd-
höhlen neben dem Lager Uelzen“.
Unter dem Druck des end-
losen Flüchtlingsstroms ent-
schloß sich die niedersächsische
Landesregierung am 10. Juli
1949 zu einer ungewöhnlichen
Maßnahme:

Sie ertrotzte mit der Schlie-
ßung des Lagers die Solidarität
der übrigen Länder der drei
Westzonen bei der Aufnahme
von Flüchtlingen. Schon einen
Tag später kam im Lager Uelzen
unter Mitwirkung der

Flüchtlingsverwaltungen aller
Länder die „Uelzener Entschlie-
ßung“ über die geregelte Ein-
weisung der Flüchtlinge in die
Länder zustande.

Aus dem Lager-Provisorium
der Briten war inzwischen eine
kleine Stadt mit 50 festen Bar-
acken, einer massiven Kirchen-
und Kulturhalle, einer katholi-
schen Kapelle, einer großen
Wäscherei, modernen Kranken-
und Säuglingsstationen, Kinder-
tagesstätten, Kantine, eine
perfektionierte Bundes- und
Landesverwaltung sowie einem
kilometerlangen asphaltierten
Straßennetz geworden. Maximal
750 Flüchtlinge konnten in
sauberen Stuben untergebracht
werden. Deutsche und aus-
ländische Hilfsorganisationen
sowie die Kirchen beider Kon-
fessionen arbeiteten daran mit.

Seit August 1961 ist es auf
den Lagerstraßen immer ein-
samer geworden. Die wenigen
Neuankömmlinge werden als
„Sperrbrecher“ registriert. Viele
von ihnen tragen die Uniform
der „Nationalen Volksarmee“.
Andere wagen gefährliche Wege
über Skandinavien. Von 8735
Flüchtlingen im August 1961
schrumpfte der Zugang auf
unter hundert in den letzten
Monaten. Die Landesregierung
beschäftigt einen Teil der
Lagerangestellten mit statisti-
schen Arbeiten.

Freiwillige aus Niedersachsen

Nun sollen in einem Teil der
Barackenstadt Freiwillige aus
Niedersachsen in Lehrgängen
mit allen Aufgaben des zivilen
Bevölkerungsschutzes — von
der Abwehr bis zu den
Sozialdiensten — vertraut ge-
macht werden. Der andere Teil
des Lagers wird zum zentralen
Gerätelager des zivilen Bevölke-
rungsschutzes im Regierungs-
bezirk Lüneburg und soll auch
den Wagenpark der einzelnen
Schutzbereitschaften aufnehmen.
An das Leid der Flüchtlings-
ströme wird dann nur noch der
Name — Uelzen-Bohldamm —
erinnern. **Helmut Schmidt**

Wer kommt und bleiben will

Deutschlands Hauptstadt mit den Augen eines Gastberliners gesehen

Brennpunkt Berlin ... Kulturmetropole Berlin ... Berlin geteilte Stadt ... Besuchermagnet Berlin ... Stadt der Hochhäuser und Schnellstraßen ... Berlin ist eine Reise wert ... Berlin Vergnügungszentrum. Jeder einmal nach Berlin ...

Diese Schlagworte und viele Parolen mehr sind es, die der Besucher mitbringt und — wir wollen uns nichts vormachen — nach einigen erlebnisreichen Tagen wieder mit nach Hause nimmt. Anders — sorgenvoller, aber auch eindringlicher — ist Berlin für den, der kommt und bleiben will.

Ein Zug fährt durch die Nacht. Von Hannover nach Helmstedt, von Helmstedt nach Berlin. Von Deutschland durch Deutschland nach Deutschland. Es ist nichts Ungewöhnliches für den, der diese Strecke öfter fahren muß, nichts Besonderes, daß er von Polizisten kontrolliert wird und seinen Namen unter dem der „Deutschen Demokratischen Republik“ findet.

Und doch für den, der diese Strecke durch Deutschland zum erstenmal fährt, hat es etwas erschreckend Einmaliges: Uniformierte mit Maschinenpistolen auf menschenleeren Bahnsteigen. Der Zug fährt durch ein Land, das Deutschland heißt und das Deutsche nicht betreten dürfen.

Die grauhaarige Dame uns gegenüber beginnt zu sprechen. „Wissen Sie, 1935 habe ich Berlin verlassen und mir seitdem geschworen, nicht mehr zurückzukommen. Ich fürchte mich, alles verändert vorzufinden. Die Menschen von früher sind nicht mehr, das Haus verbrannt, die Straßen zerstört. Die Orte, die in meiner Erinnerung lebendig bleiben — der Alex, Potsdamer Platz, Friedrichstraße —, all diese Orte sind tot. Ich habe Angst, nach langer Zeit zurückzukehren und nichts mehr wiederzufinden.“

Aber Sie sind jung, Sie kennen das alte Berlin nicht, Sie wollen in dem neuen Berlin leben und arbeiten.“

★

Berlin 1962. Bahnhof Zoo. Der Bahnhof ist nicht größer

als der einer mittleren Provinzstadt. Zwei Gleise. Täglich kommen nicht mehr als zwölf Züge. Zwölf Züge für eine Großstadt von zwei Millionen Menschen.

Daß Berlin eine Großstadt ist, merkt der Neankömmling sehr schnell bei der Zimmersuche. Von Glück kann sagen, wer ein möbliertes Zimmer für 80 Mark findet. Ohne Bad und Zentralheizung selbstverständlich. Vorauf geht ein tagelanges Treppauf, Treppab. Dieser Eindruck von Berlin ist nicht gerade einladend. „Wat denn, wat denn, junger Mann, 100 Mark is Ihn' zu teuer und Ansprüche wolln Se ooch noch stelln? Na, Sie wern sich noch umgucken.“

Genau das hatte ich — notgedrungen — vor. Ich lernte Berlin schneller kennen als erwartet. Die Treppe hinauf bis ins Dachgeschoß, durch das Schlafzimmer ins ehemalige Kinderzimmer. „Aber um zehne müssen Se zu Hause sein, da wolln wa unsere Ruhe haben. 70 Mark.“

Wer einmal diese Tortur, dieses oft demütigende Mißtrauen — „Na zeigen Se erst mal die Papiere“ und „bringen Se ja keine Mädchen ins Haus“ — erlebt, ist versucht zu glauben, daß der Berliner, zumindest aber die Berliner Zimmervermieterinnen, mehr „Schnauze“ als „Herz“ haben.

★

Ebenso originell wie nutzlos ist der Weg zum Wohnungsamt. „So, eine Zweizimmerwohnung suchen Sie? Da füllen Sie erst einmal diesen Schein aus und kommen nächsten Freitag wieder.“ Sämtliche Vornamen Nachname, Geburtstag und -ort, Ledig? Kinder? Wieviel? Einkommen? Wie hoch? Flüchtling? Woher? Dringlichkeitsgründe? Welche?“

Für „normale“ Menschen ohne Dringlichkeitsnachweis oder schwerwiegende Gebrechen ist der Erfolg gleich Null. „Mann, Tausende warten seit Jahren auf eine Wohnung. Sie sollten mal 'ne Zeitung lesen. 'ne Kochnische können Sie vielleicht in ein paar Monaten

kriegen. Doch wenn Sie menschenwürdig leben wollen, suchen Sie sich ein möbliertes Zimmer, 'ne Wohnung, das schlagen Sie sich in Berlin ruhig aus dem Kopf.“

So wohne ich denn seit acht Monaten im „Alt-Berliner Zille-Milljöh“. Mit Blick auf den Hinterhof, in dem zwischen Aschkästen Kinder Versteck spielen. Neben dem Aufgang mit dem bezeichnenden Hinweis „Nur für Dienstboten“ ein weiteres Warnschild „Das Herumstehen im Hauseingang, Betteln und Hausieren sowie das Spielen von Kindern ist verboten“. Ordnung muß wohl sein.

Trotz all dieser mehr oder minder unangenehmen Randerscheinungen aber fühlen sich die meisten der „Neubürger“ Berlins schon nach einigen Wochen „zur Familie gehörig“. In erster Linie liegt es wohl an dem Berliner, dessen Art, obwohl es immer wieder versucht wird, einfach nicht zu beschreiben ist. All diese gutgemeinten Verallgemeinerungen des „Berliners mit Herz und Schnauze“ des „durch nichts zu erschütternden Berliners“ sagen einiges und doch nur wenig. Wer sie einige Zeit erlebt hat, diese Berliner, wird sowohl ihre liebenswerten als auch — für den Außenstehenden — leicht rührseligen Seiten kennenlernen.

Denken wir nur an den wochenlangen „Taubenkrieg“, der vom Volk mit erbittertem Ernst geführt wurde. „Unsere lieben Tauben sollen nicht sterben“ — und der Senat mußte sich auf halbem Wege geschlagen geben. Die „Vox populi“ blieb siegreich, und die Tauben dürfen, wenn auch etwas dezimiert, weiterflattern. Im Winter werden sie mit erlesenem Futter versorgt, werden behütet, wie die unzähligen Hunde, für die manches „Frauchen“ ein wollenes Wams gestrickt hat. Wem sonst dürfte es einfallen, über diese „Affenliebe“ zum Hunde zu lächeln, als einem Nicht-Berliner.

All diese Beispiele aber beweisen noch mehr, nämlich, daß

(Fortsetzung auf Seite 7)

Zentrum der Agrarwissenschaft an der Spree

Berlin als Lehrstätte für „Ackerbau und Viehzucht“ — Wachsende Studentenzahlen

Von der Bienenkunde bis zur künstlichen Pflanzenbeleuchtung, von der Pflanzenschutzmittel-Forschung bis zur vergleichenden Psychologie der Haustiere ist Berlin nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Zentrum der sogenannten Agrarwissenschaften. Zahlreiche Institutionen auf diesem Gebiet, wie sie der Laie in einer Großstadt nie vermuten würde, zeichnet Berlin aus. Mit einer Broschüre, die dem Inhalt nach schon fast eine Denkschrift darstellt, tritt jetzt der Landesausschuß für Forschung, Erziehung und Wirtschaftsberatung an die Öffentlichkeit, um die Agrarwissenschaft in Berlin im Rahmen des Berliner Kulturprogramms auf ihre „Realitäten und Möglichkeiten“ hin zu untersuchen.

Zunächst einmal findet man in dem Heft eine Dokumentation dessen, was bereits vorhanden ist. So hört man mit Staunen, daß an der Technischen Universität 17 Institute, an der Freien Universität 13 Institute und drei Kliniken direkt den Agrarwissenschaften dienen. 22 Institute und Lehrgebiete sind indirekt mit diesem Gebiet verbunden. Außerhalb der Universitäten kommen noch fünf Bundesanstalten, zwei Institute der Max-Planck-Gesellschaft, vier Landesanstalten, ein freies Institut sowie Demonstrationseinrichtungen, Spezialbibliotheken und Dokumentationsstellen hinzu.

Man kann in Berlin Diplombauern, Diplombäuerinnen oder „Dr. agr.“, also Doktor der Agrarwissenschaft, werden. Die Studentenzahlen der Fakultät für Landbau der TU steigen ständig. Im letzten Wintersemester waren 479 Studierende immatrikuliert gegenüber 336 vor drei Jahren. Eine Besonderheit für Deutschland stellt zum Beispiel das Institut für ausländische Landwirtschaft dar, das 1959 auf Grund eines Verwaltungsabkommens zwischen der Bundesregierung und dem Land Berlin an der TU als erstes mit dieser besonderen Aufgabenstellung neu geschaffen wurde. Von 1921 bis 1933 be-

stand ein gleichartiges Institut an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, die heutige Hauptaufgabe ist Forschung und Lehre im Rahmen der Agrarökonomik der Entwicklungsländer sowie Beratung der Bundesrepublik und anderer Stellen bei Entwicklungsplänen für bestimmte Länder Afrikas und des Nahen Ostens.

Nicht alle Möglichkeiten der Forschung und Lehre in West-Berlin können aufgezählt werden. In dem obengenannten Landesausschuß sind die Fa-

kultät für Landbau der TU, die Gesellschaft der Freunde und Förderer dieser Fakultät, die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, der Landesverband Gartenbau und Landwirtschaft sowie der Verband der Diplombauern und Diplomgärtner vertreten. Diese Vereinigung hat nun energisch die Initiative ergriffen, um Berlin auf dem landwirtschaftlichen Sektor im Rahmen des Kulturprogramms weiter zu einem europäischen Zentrum auszubauen.

Aufgaben für ganz Deutschland

Der Ausschuß bezieht sich auf den Bericht des Senats vom 23. Mai 1962 über den Ausbau Berlins als Stätte der Bildung, Wissenschaft und Kunst, in dem es wörtlich heißt: „Es gilt, über das Bestehende hinaus weitere wissenschaftliche Einrichtungen für Berlin zu gewinnen, die Aufgaben für ganz Deutschland zu erfüllen haben.“ Dazu gehören auch die Bildungshilfe für die Völker junger Staaten.

Folgende Maßnahmen erscheinen dem Landesausschuß besonders vordringlich: Erstens eine Koordinierung zwischen den Fakultäten der beiden

Universitäten, die eine bessere Wirkung und Ausnutzung aller Einrichtungen gewährleistet. Ausländische Studenten der Agrarwissenschaft müßten in größerer Zahl als bisher aufgenommen werden. Dazu aber sei zweitens eine Erweiterung der baulichen Anlagen und eine personelle Verstärkung erforderlich. Mit einem Hinweis auf die Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1960 sollen die agrarökonomischen Fachgebiete sowie die Agrarpolitik und Marktlehre weiter ausgebaut werden. Die

(Fortsetzung auf Seite 8)

Wer kommt und bleiben will

(Fortsetzung von Seite 6)

der Berliner Anteil nimmt. Anteil an dem, was seinen Mitmenschen geschieht und nicht zuletzt, was in dieser Stadt politisch geschieht. Die in Westdeutschland oft vertretene „Ohne-mich-Einstellung“ ist in Berlin nicht möglich. Es ist nicht möglich, vor der Mauer zu stehen, ohne Stellung zu nehmen, ohne betroffen zu sein, die täglichen Fluchtmeldungen zu lesen, ohne sich Gedanken um das Warum zu machen.

★

Ein Staat, in dem die Menschen es nicht wagen dürfen, ihren Namen zu nennen, eine Grenze, die überall ist, die Familien, Verlobte und Freunde trennt. Diese Grenze, an die

jeder, der hier lebt, immer wieder erinnert wird.

An manchen Tagen sieht man Menschen, die an der Mauer stehen und mit Feldstechern die gegenüberliegenden Fensterreihen absuchen, bis sich ein Gesicht zeigt. Der Mensch auf der westlichen Seite winkt, er darf winken, der im Osten schaut nur, er darf nicht einmal mehr winken. Verwandte sind es meistens, die sich hier zu bestimmten Stunden treffen, um einander zu sehen. Manche weinen.

Anteil nehmen, Stellung nehmen sind die wertvollsten Dinge, die ein „Gastberliner“ in dieser Stadt bis jetzt gelernt hat.

Annim Borski

Ukrainische Kirche ist wieder im Spiel

Erzbischof Slipyj war ein Opfer Chruschtschows
Sowjetische Kirchenpolitik undurchsichtig

Wien. Die Entlassung des ukrainischen Metropoliten der griechisch-katholischen Kirche aus Haft und Verbannung und die Ausstellung eines sowjetischen Reisepasses, die dem Erzbischof die Ausreise aus der Sowjetunion und nach vorliegenden Informationen auch eine Wiedereinreise ermöglicht, sind eine Sensation ersten Ranges. Leider wird diese Tatsache von gewissen westlichen Kreisen wieder einmal mit der sogenannten „Entstalinisierung“ in Zusammenhang gebracht und Chruschtschow das beste Führungszeugnis ausgestellt. Erzbischof Slipyj schweigt. Um so notwendiger ist es, sich die Geschichte dieses Helden der Katakombenkirche vor Augen zu führen.

Am 1. November 1944 starb unter bis heute unaufgeklärten, aber äußerst verdächtigen Umständen der Metropolitan der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine, Erzbischof Scheptytzkyj, sein Koadjutor Slipyj trat die Nachfolge an. Erzbischof Scheptytzkyj gehörte zu jenen Männern, die am 30. Juni 1941 an der Proklamation der unabhängigen Ukraine in Lemberg, die durch die ukrainische Nationalbewegung durchgeführt wurde, beteiligt waren. Berlin, das völlig andere Pläne mit der Ukraine hatte, versagte dieser Proklamation seine Zustimmung, die Gestapo verhaftete den Großteil der daran beteiligten ukrainischen Nationalisten, Erzbischof Scheptytzkyj und Bischof Slipyj wurden unter Hausarrest gestellt und waren bis zum Kriegsende zahlreichen Verhören und Hausdurchsuchungen unterworfen.

Dann kam die Sowjetarmee und mit ihr der Ministerpräsident der ukrainischen SSR und Erste Sekretär des Zentralkomitees der ukrainischen KP, Nikita Chruschtschow. Im März 1945 beschuldigte Chruschtschow die griechisch-katholische Kirche der Ukraine, eine Spionage- und Agentenorganisation zu sein. Am 11. April 1945 begann nach der Ankündigung Chruschtschows die großangelegte Aktion zur Vernichtung der Kirche. Erzbischof Slipyj, Bischof Budka und Bischof Tscharnezkij wurden in Lemberg, Bischof Chomyschyn und Bischof Latschewskij in Stanislaus, in Ost-Berlin der Apostolische Visitator für die Ukraine in Deutschland, Pater Werhun, durch den NKWD verhaftet.

Arbeitslager für Priester

In Polen wurden durch den polnischen Staatssicherheitsdienst am selben Tage die Bischöfe Kozyłowski und Lakota verhaftet und an die Sowjets ausgeliefert. Im März 1946 fand vor dem Obersten Militärtribunal in Kiew der Prozeß gegen die ukrainischen Bischöfe statt, ein Prozeß, den Chruschtschow als eine höchst notwendige Säuberung des ukrainischen Bodens bezeichnete. Die Bischöfe Slipyj, Budka und Latschewskij wurden zu acht Jahren, der Bischof Tscharnezkij zu fünf Jahren verurteilt.

Gleichzeitig wurde vom 8. bis 10. März 1946 in Lemberg von den zuständigen sowjetischen Stellen eine „Synode“ der griechisch-katholischen Kirche veranstaltet, die die Auflösung der Kirche und deren Vereinigung mit der russisch-orthodoxen Kirche beschloß. Angesichts des zwar nicht öffentlichen, aber mit großer Publizität durchgeführten Militärtribunals in Kiew, am Amtssitz Chru-

schtschows, erscheint dieser Beschluß, den 261 unter schwerstem Druck stehende Priester faßten, nicht verwunderlich. Doch auch sie wurden nicht verschont.

Protest in Kiew

Chruschtschow organisierte eigene Zwangsarbeitslager für Priester in Horodok, Lawriw und Sambir, die sich bald mit den Priestern der griechisch-katholischen Kirche füllten. Am 1. Januar 1948 erklärte tass, daß die griechisch-katholische Kirche der Ukraine zu bestehen aufgehört habe. Zu diesem Zeitpunkt bestand die griechisch-katholische Kirche der Ukraine allerdings noch. Sie bestand in den ukrainischen Partisanenabteilungen, die bis Mitte der fünfziger Jahre ihren verzweifelten Kampf führten.

In den letzten zwei Jahren versuchte Chruschtschow, sein Vergangenes vergessen zu machen. Glückwunschtelegramme an Papst Johannes XXIII., die Entsendung von Beobachtern der russisch-orthodoxen Kirche zum Vatikanischen Konzil, der Besuch des Sekretärs für die Einheit der Christen sind Zeichen der neuen Linie Chruschtschows. Als die ukrainischen Bischöfe des Westens während des Konzils an die Leiden ihrer Kirche in der UdSSR erinnerten, wurde durch direktes Eingreifen des Vatikans versucht, die Publikation zu unterbinden. Die ukrainische Kirche ist wieder im Spiel — wie und warum ist unklar.

Zentrum der Agrarwissenschaft an der Spree

(Fortsetzung von Seite 7)
landwirtschaftliche Technologie sollte in Berlin einen Schwerpunkt finden. Ein Lehrstuhl für Tropenveterinärmedizin wurde bereits am 1. Januar dieses Jahres geschaffen. Bei der Freien Universität ist der Aufbau eines Afrika-Institutes vorgesehen.

Die Abteilung Gartenbau der Fakultät für Landbau an der TU hat alles Gelände und sämtliche Gebäude verloren.

Hier werden ebenso wie für das Institut für Gartenkunst und Landschaftspflege Neubauten erforderlich. Desgleichen müssen die Institute für Bodenkunde und für Obst- und Gemüseverwertung neu untergebracht werden. Auch ein Landbaumuseum, wie es seit 1867 schon einmal im Gebäude der Landwirtschaftlichen Hochschule bestanden hatte, wird wieder ins Gespräch gebracht.

Jürgen Dobberke